

Inhaltsverzeichnis	
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Erster Teil: Einleitung	1
§ 1 Gegenstand und Ziel der Arbeit	1
Zweiter Teil: Zinsen als Gegenstand der Untersuchung	
- Begriffsbestimmung -	5
§ 2 Begriff „Zinsen“	5
§ 3 Begriff „Private Vermögensverwaltung“	7
I. Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 i.V. mit § 20 EStG)	8
II. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 i.V. mit § 21 EStG)	8
III. Subsidiaritätsklauseln, §§ 20 Abs. 3, 21 Abs. 3 EStG	10
Dritter Teil: Zinsen im Spannungsfeld privater Vermögensverwaltung - Eine Bestandsaufnahme der Rechtsprechung und Literatur -	11
§ 4 Bausparguthabenzinsen	11
I. Wesen des Bausparvertrages	11
II. Von der Rechtsprechung entwickelte Lösungsansätze	14
1. Zweck des Bausparvertrages - Absicht der späteren Einkommensverwendung	14
2. Herkunft der Geldmittel für die Spareinlagen	19
3. Gegenwärtige Nutzung des Bausparguthabens	20
III. Rechtsansichten in der Literatur	21
1. Maßgeblichkeit des wirtschaftlichen Zusammenhangs	21
2. Maßgeblichkeit der tatsächlichen Einkünftezielung	22
§ 5 Verzugszinsen	24
I. Verzugszinsen bei verspäteter Mietzinszahlung	25
II. Verzugszinsen aus dem Verkauf eines Hauses, wenn der Kaufpreis zur Finanzierung eines anderen Hauses eingesetzt wird	26
§ 6 Zinsen auf angelegte Mietkaution	27

§ 7 Zinsen aus der Anlage einer Instandhaltungsrückstellung	29
§ 8 Prozeßzinsen auf erstattete Grunderwerbsteuer	32
§ 9 Ergebnisse der Bestandsaufnahme - Konsequenzen für die Untersuchung	32
Vierter Teil: Zinsen auf Geldkapital - Ausfluß einer „Annexitätigkeit“ zur Vermietungstätigkeit?	37
§ 10 Historische Entwicklung der gesetzlichen Strukturen	37
I. Das sächsische Einkommensteuergesetz vom 22. Dezember 1874	37
II. Das preußische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891	38
III. Das preußische Einkommensteuergesetz vom 19. Juni 1906	39
IV. Das Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920	40
V. Das Reichseinkommensteuergesetz vom 10. August 1925	42
VI. Das Reichseinkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934	46
VII. Die Entwicklung vom Reichseinkommensteuergesetz 1934 bis zum Einkommensteuergesetz 1990	49
VIII. Konsequenzen aus der historischen Entwicklung	50
§ 11 Wechselwirkung zwischen gesetzlichem Tatbestand und Lebenssachverhalt	52
I. Einkünfteerzielung als Steuergegenstand	54
II. Bestimmung der Einkunftsart	55
1. Rechtsnatur der Einkunftsarten	55
2. Ordnungsstruktur der Einkunftsarten	56
III. Tatbestand der §§ 20 und 21 EStG (Möglichkeit der Sachverhaltszerlegung)	58
1. Kleinstes steuerbare Einheit auf Tatbestands- und Sachverhaltsseite	58
2. Zwischenergebnis	59
IV. § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG	59
1. Gesetzliche Aussage der Vorschrift	60
2. § 21 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG als „Brücke“ zur Einkunftsart Kapitalvermögen?	60
V. Subsidiaritätsklausel des § 20 Abs. 3 EStG	61
1. Gesetzeswortlaut	61
2. Aussagegehalt des § 20 Abs. 3 EStG	62
VI. Impliziert § 20 Abs. 3 EStG eine „Einheitsbetrachtung“ des Lebenssachverhaltes?	62

1. Haupt-/Hilfständigkeit	63
2. Funktionszusammenhang mit bestimmtem Vermögen	63
3. „Sachliche“ Ansprache	64
4. Zwischenergebnis	64
 § 12 Die „wirtschaftlichen Betrachtungsweise“	64
I. Die Veranlassung als Mittel zur „Sphärenabgrenzung“	66
II. Verwirklichung des objektiven Netto-Prinzips	68
III. Begriffspaar Betriebsausgaben - Werbungskosten	68
1. Begriffliche Annäherung	69
2. Mittelbarer Zusammenhang ausreichend	70
3. Wirtschaftlicher Zusammenhang i.S. des	
§ 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 EStG	71
a) Mißverständlicher Wortlaut	71
b) Zweckentsprechende Verwendung	72
c) Vorweggenommene Werbungskosten	73
4. Zusammenhang mit einer Einkunftsart	73
a) „Erwachsen“ bei einer Einkunftsart	74
b) Nachweis subjektiver Tatbestandsmerkmale	75
aa) Ermittlung des tatsächlichen Sachverhalts	75
bb) Typisierende Betrachtungsweise	75
IV. Begriffspaare Betriebsausgaben/Werbungskosten - Betriebseinnahmen/Einnahmen	77
 Fünfter Teil: Die „steuerbare Tätigkeit“ als maßgebliche Bezugsgröße für die Zuordnung von Wertzugängen	79
 1. Abschnitt: Der „Betrieb“ als maßgebliche Bezugsgröße	79
1. Unterabschnitt: Der tätigkeitsbezogene betriebliche Bereich	79
§ 13 Die betriebliche Tätigkeit	79
I. Abgrenzung gegenüber anderen Einkunftsarten durch den Rückgriff auf die Verkehrsanschauung	80
II. Rechtfertigung dieser Vorgehensweise	81
2. Unterabschnitt: Der vermögensbezogene betriebliche Bereich	82
 § 14 Das Betriebsvermögen	82
I. Betriebsvermögen als Grundlage der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich, §§ 4 Abs. 1, 5 EStG	82

II.	Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben als Grundlage der Gewinnermittlung, § 4 Abs. 3 EStG	83
III.	Vermögen bei den Gewinneinkünften	84
IV.	Zwischenergebnis	86
3.	<i>Unterabschnitt: Bedeutung des § 20 Abs. 3 EStG im Verhältnis zu den Gewinneinkünften</i>	86
	§ 15 Die Subsidiaritätsklausel des § 20 Abs. 3 EStG	86
I.	Ergebnis	87
II.	Unterschiedliche Entscheidungsfindung	87
2.	<i>Abschnitt: Die „Vermietungstätigkeit“ als maßgebliche Bezugsgröße</i>	88
1.	<i>Unterabschnitt: Die Reichweite der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung</i>	88
	§ 16 Das „Wesen“ der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung	89
I.	Der tätigkeitsbezogene Bereich	89
1.	Rechtsverhältnis	89
2.	Dauerschuldverhältnis	89
II.	Der „vermögensbezogene“ Bereich	90
III.	Anwendung des einheitlichen Veranlassungsbegriffs	90
2.	<i>Unterabschnitt: Zugehörigkeit von Einnahmen als Folge einer Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Vermögensphäre“</i>	91
	§ 17 Das zur Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung eingesetzte Vermögen	92
I.	Einnahmen und Werbungskosten als Grundlage der (privaten) Überschußvermittlung	92
II.	Privatvermögen als „Überschußerzielungsvermögen“	93
III.	„Überschußerzielungsvermögen“ als Grundlage einer organisierten Wirtschaftseinheit?	94
1.	Vermietungsobjekt als „notwendiges Überschußerzielungsvermögen“ der Vermietungstätigkeit	94
2.	Verzinstes Geldkapital als „gewillkürtes Überschußerzielungsvermögen“ der Vermietungstätigkeit?	95
IV.	Gestaltungsspielraum des Steuerpflichtigen	95
1.	Gestaltungsspielraum über § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 EStG?	95

2. Fehlen einer dem Betrieb vergleichbaren organisierten Wirtschaftseinheit	96
3. Unterabschnitt: Konstruktion einer organisierten Wirtschaftseinheit	97
§ 18 Der „enge wirtschaftliche“ Zusammenhang	97
I. Der Zweck im Einkommensteuerrecht	97
1. Der Zweck auf Einkünfteerzielungsebene	98
2. Der „nachgeschaltete“ Zweck	98
II. Intensitäts- und Schwellenprobleme im Einkommensteuerrecht	99
1. Beispieldfälle und Abgrenzungskriterien	99
2. Konstruktion einer wirtschaftlichen Einheit	100
III. § 20 Abs. 3 EStG als Qualifikationsnorm?	101
IV. Konstruktion der wirtschaftlichen Einheit durch den Rückgriff auf die „typisierende Betrachtungsweise“	102
1. Vorliegen eines „übergeordneten“ Zwecks	102
2. Niederschlag im tatsächlichen Geschehen?	102
3. Zwischenergebnis	103
§ 19 Der Typus der „privaten Vermögensverwaltung“?	104
I. Das „Markteinkommensprinzip“	104
II. Vereinbarkeit mit der geltenden Rechtsordnung	105
1. Steuerrecht ist Eingriffsrecht	105
2. Die „Einkunftsquelle“ im Bereich der privaten Vermögensverwaltung	107
a) Grundlagen für die Konstruktion einer Wirtschaftseinheit	107
b) Gesteigerte Marktintensität durch kurzfristigen Umschlag erheblicher Sachwerte	108
c) „Vermögensumschichtung“ von Geldkapital auf Sachkapital	109
d) Zusammenfassung	110
3. Herstellen des „wirtschaftlichen Zusammenhangs mit einer Einkunftsart“ durch Heranziehen des § 9 Abs. 1 Satz 2 EStG?	110
a) Vermögens-/zukunftsorientierte Veranlassung?	110
b) „Wirtschaftlicher Zusammenhang“ über ein Korrespondenzprinzip?	111
4. Unterabschnitt: Zugehörigkeit von Einnahmen als Folge einer „Zugehörigkeit zu einer bestimmten Tätigkeit“	112

§ 20 Die Kapitalüberlassung als der Vermietungstätigkeit dienende Tätigkeit	112
I. Vermietungstätigkeit als umfassenderer Leistungstatbestand	112
II. Unselbständigkeit in dem Gesamtgebilde	
„Vermietungstätigkeit“	113
1. „Parallelschaltung“ beider Tätigkeiten	113
2. „Dienende“ Funktion für die Vermietungstätigkeit	114
a) Verzug des Mieters	114
b) Zinsen auf die angelegte Mietkaution	115
aa) Treugemäßes Verhalten	116
bb) Treuwidriges Verhalten	116
c) Die Mietzinsforderung als „Bindeglied“ zwischen den beiden Einkunftsarten	117
III. Auflösen der Konkurrenz mit Hilfe des § 20 Abs. 3 EStG	117
1. „Gehören“ als Ausdruck einer unauflösbaren Sachgebundenheit	117
2. Vergleich: Verhältnis von § 19 EStG zu § 20 EStG	118
3. Vereinbarkeit mit § 20 Abs. 4 EStG	119
Sechster Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	121